

Demokratiemkritik

Die Illusion von der Demokratie

Hans Domizlaff

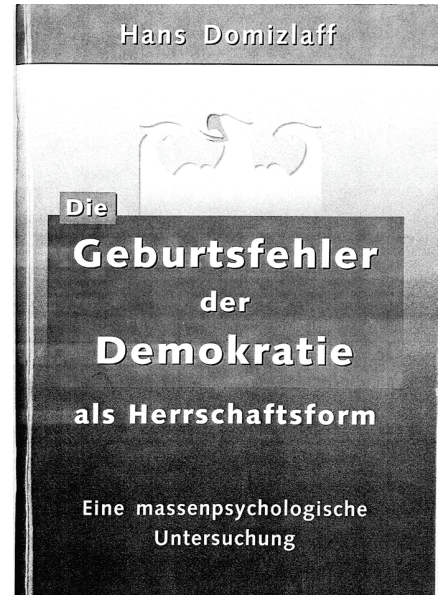
Im nachfolgenden Beitrag geht es um die Demokratiemkritik des Werbepsychologen Hans Domizlaff, die er in Kapitel VII seines 1957 erschienenen Buches „Die Seele des Staates. Ein Regelbuch der Elite“ zusammenfaßt. Das Kapitel trägt die Überschrift „Die Geburtsfehler der Demokratie als Herrschaftsform – Eine massenpsychologische Untersuchung.“

Hans Wilhelm Karl Gustav Domizlaff (geboren 1892 in Frankfurt/Main, gestorben 1971 in Hamburg) war ein deutscher Graphiker, Werbepsychologe und Schriftsteller und gilt als Begründer der Markentechnik. Im 1. Weltkrieg zunächst Flugzeugführer, nach schwerer Verletzung Luftbild-Photograph. 1932 veröffentlichte Domizlaff den Band Propagandamittel der Staatsidee. 1936 kam es zu einer Begegnung mit Joseph Goebbels, der sich als Kenner seiner Werbethesen auswies. Sein Standardwerk „Die Gewinnung des öffentlichen Vertrauens - Ein Lehrbuch der Markentechnik“ erschien im November 1939. 1945 wurde Domizlaff von den Engländern für 6 Monate interniert, seine Anwesen in Hamburg beschlagnahmt, 1947 aber wieder freigegeben. Bis zur Mitte der 60er Jahre war Domizlaff als Berater für Reemtsma, Siemens und die Deutsche Grammophon tätig. Sein Werk „Die Seele des Staates. Ein Regelbuch der Elite“ stieß in der BRD auf heftige Kritik. Wikipedia schreibt dazu: „1957 erschien unter dem Titel „Die Seele des Staates. Ein Regelbuch der Elite“ ein heftig kritisiertes Privatdruck, in dem Domizlaff rassistische Ansichten vertritt. Er schrieb darin unter anderem von einer „unzweifelhaft edleren, höher gezüchteten und kulturtragenden weißen Rasse“, der er „entfesselte primitive Neger“ gegenüberstellt. Domizlaff zog das Buch zurück und überarbeitete es grundlegend. Zu einer Veröffentlichung kam es nicht mehr.“

Um so notwendiger ist es deshalb, diese grundlegenden Gedanken eines Massenpsychologen der Vergessenheit zu entreißen. Dies geschieht mit einer Auswahl der wichtigsten Thesen aus „Die Geburtsfehler der Demokratie als Herrschaftsform“ in Zitaten (Anmerkungen kursiv).

Auch heute ist es in Deutschland wieder gefährlich, nach grundsätzlichen Gesichtspunkten zu fragen, denn die Freiheit der denkselfständigen Meinungsbildung ist unvermindert illusorisch. Die philologische Übersetzung des Wortes Demokratie, das heißt Volksherrschaft, ist unbrauchbar, denn daß eine Volksmasse sich niemals selbst beherrschen kann, dürfte im Laufe der letzten Jahrzehnte einigermassen deutlich geworden sein. Daß eine Regierung der Volkswohlfahrt dienen soll, soweit diese im Einklang mit den persönlichen Interessen der Regierungsbeauftragten steht, ist von jeher, außer in sagenhaften Despotien, überall unbestritten gewesen, sowohl in den Monarchien als auch in den sogenannten totalitären Staaten und in den Republiken. Die Erfolge waren allerdings sehr verschieden, und es kann nicht widerlegt werden, daß die monarchisch gelenkten Regierungen des 19. Jahrhunderts eine größere Entfaltungsmöglichkeit der persönlichen schöpferischen Energien gestatteten als die gegenwärtigen Demokratien, in denen sich der politische Ehrgeiz hinter sehr viel mehr Konzessionen an die Verständnislosigkeit der vermeintlichen Öffentlichkeit verstecken kann.

Wenn danach heute jemand auf die Unsinnigkeit der gegenwärtigen Regierungsvorstellungen hinweist, so kann er sicher sein, daß seine Widersacher ihn mit der Behauptung zu diffamieren suchen, er sein ein Feind der Demokratie. Ein solcher Vorwurf ist nicht nur ebenso gegenstandslos wie ehemals die Anklage eines antinationalsozialistischen Verhaltens, sondern auch ebenso gefährlich. Da



es sich wiederum nur um ein Schlagwort handelt, ist es gar nicht möglich, seine Unschuld zu beweisen. Auch die Nationalsozialisten behaupteten, jede ehrliche Meinungsäußerung zugelassen zu haben, sicherlich vielfach mit der gleichen Überzeugung wie heute die vielen Demokratien, die vorgeben, den Willen des Volkes tatsächlich als Richtschnur für das Gemeinschaftsleben interpretieren zu können. In der politischen Praxis gilt jedoch eine öffentliche Willensbekundung nur soweit als statthaft, wie sie mit der offiziellen Meinung übereinstimmt, und zwar immer mit der gleichen höchst einfachen Begründung, daß abweichende Meinungen keine anderen Deutungen als Dummheit, Unehrllichkeit oder verbrecherische Zielstrebigkeit gestatten.

Schon hier sehen wir, wie fatal die Annahmen und Voraussagen Domizlaffs aus den 50er Jahren Realität geworden sind. Die Aussage „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ hat sich längst von der Straßenparole der Antifa zur Arbeitsrichtlinie in den Redaktionsälen gemausert. Die NSU-Kampagne und das geplante NPD-Verbot zeigen die konsequente Ausformung der totalitären

Herrschaftsform. Die Gewaltenteilung tritt dahinter zurück. Das Entstehen des Selbsthasses, auf deren Grundlage die heutigen Demokraten die Abschaffung Deutschlands betreiben, konnte Domizlaff freilich noch nicht voraussagen.

1. Demokratie soll die Form einer Volksgemeinschaft sein, in der es keine Untertänigkeit der Mitglieder und keinen Selbstzweck des Staates gibt. Diese Idee widerspricht allen Voraussetzungen einer produktiven Zusammenarbeit und den Entstehungsursachen jeder Volksgemeinschaft sowie der Menschennatur.

2. Ein Staat, der nicht bis zu einem gewissen Grade einen Selbstzweck sinnvoll machen läßt, gerät in Verfall.

3. Demokratische Vorstellungen sind Idealisierungen einer staatlichen Lebensgemeinschaft, die den Sehnsuchtsbildern höchst ehrenwerter Menschenfreunde entsprechen, aber sich im schroffen Gegensatz zum Volksinstinkt befinden.

Die Geschichte lehrt, daß die unteren Volksschichten eines Klassenstaates zwar Unzufriedenheit zeigen können, wenn ihr Entwicklungsraum unerträglich eingengt wird, aber daß sie niemals von sich aus den Gedanken zum Ausdruck bringen, eine Beteiligung an der Staatsführung beanspruchen oder sogar selbst die Herrschaft im Sinne einer Demokratie übernehmen zu wollen. Eher das Gegenteil ist der Fall; denn die Volksmassen sind immer bereit, sich irgendeinem Führer ohne Einrede willig unterzuordnen, wenn sie glauben, von ihm richtig regiert zu werden. Auf dieser Unselbstständigkeit beruhen die Schwankungen jedes revolutionären Strukturwandels; denn das Untertänigkeitsbedürfnis kann von vielen demagogischen Konkurrenten ausgenutzt werden, so daß jede Sozialrevolution von einer Art Bruderkrieg der Revolutionäre begleitet wird.

Die moderne Demokratie züchtet diese „demagogischen Konkurrenten“ zumindest im gewissen Umfang selbst und hat damit auch „Umstürze“ unter ihrer Kontrolle. Ein typisches Beispiel ist die „friedliche Revolution“ in der DDR 1989, deren Anfänge noch authentisch waren, bevor sie von den Globalkapitalisten über die BRD-Parteien in „unschädliche“

Bahnen gelenkt wurde. Das Gegenbeispiel ist der spontane Volksaufstand von 1953, den man mit Panzern niederschlug. Dies dürfte heute auch spontanen (also nicht von oben angezettelten) Aufständen blühen. Die übliche Vorgehensweise der Demokraten besteht allerdings darin, daß die Demagogen gekauft, und im Falle ihrer Unkontrollierbarkeit liquidiert werden.

4. Volksherrschaft heißt Selbstbeherrschung des Volkes, und das ist utopisch. Die Menschen werden nicht durch Ermahnungen, sondern nur durch psychisch oder physisch zwingende Umstände ausgerichtet, die sie niemals selbst zu schaffen vermögen, sondern zu beseitigen oder zu überwinden suchen.

5. Der demokratische Gedanke ist ein Wunschtraum, in den sich idealistische Weltverbesserer und triebchwache Menschen aus der harten Wirklichkeit flüchten. Im allgemeinen beschäftigen sich nur wenige Mitglieder einer Volksgemeinschaft mit Führungsfragen, denn die meisten sind viel zu sehr mit privaten Sorgen belastet. Greifen jedoch die Regierungsprobleme in einem besonders bedrohlichen Maße in die privaten Zielstellungen ein, und das geschieht vor allem bei plötzlichen Veränderungen der gewohnten Verhältnisse und durch den Zwang zu gedanklichen Umstellungen, so entsteht eine Art der Unzufriedenheit, für die keine gegenständlichen Sehnsuchtsbilder geformt werden können, weil ihre Problematik dem Vorstellungsvermögen und dem Erfahrungsreich der einzelnen Volksmassen zumeist entzogen bleibt. Statt dessen werden ziemlich kritiklos irgendwelche von Menschenfreunden mit glaubhaften Gemeinschaftsinteressen verkündete Ideen der Weltverbesserung aufgegriffen.

6. Es ist noch niemals mit demokratischen Ideen ein Staat oder auch nur eine Volksgemeinschaft gegründet worden, sondern es handelte sich in der Geschichte immer nur um revolutionäre Verbesserungsideen einer bereits vorhandenen Gemeinschaftsstruktur. Die berühmten Beispiele der Schweiz und der amerikanischen Pseudodemokratien, die von Anfang an den Anschein einer echten demokratischen Neugründung erweckten, sind Irrtümer; denn sie entstanden regelmäßig in Opposition zu vorhandenen Regierungsformen, die sich als über-

lebt oder allzu unbeliebt erwiesen hatten. Der demokratische Gedanke ist niemals staatsbildend, und was in der Schweiz oder in Amerika sichtbar wurde, waren keine Demokratien, sondern Republiken, deren Grundlagen der Ordnung und Befehlsausübung von allem Anfang an eindeutig patriarchalisch, aristokratisch oder plutokratisch, also von einer bevorrechtigten Oberschicht bestimmt wurden. So verhielt es sich auch mit den Republiken im alten Athen und im alten Rom.

7. Demokratien sind niemals langfristig lebensfähig gewesen. In der Schweiz nagt der Zeitgeist an den Wurzeln der Tradition, und die Befugnisse eines Präsidenten der USA sind autoritärer als in den vergangenen konstitutionellen Monarchien. Das Ende der deutschen Demokratie von 1918 war der Anfang zur Despotie Hitlers, und das Ende der deutschen Demokratie von 1945 ist vorläufig der staatsethische Zerfall. Eine Demokratie lebt nur so lange, bis die ethischen und organisatorischen Werte der ihr vorangegangenen Staatsordnungen aufgezehrt sind.

8. Die Schlagworte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bedingen eine endlose Kette strittiger Auseinandersetzungen, was darunter verstanden werden soll.

9. In Demokratien gilt die Zweckvernunft als das einzige zulässige Kriterium in allen Angelegenheiten des Staates, so daß die in der staatlichen Tradition enthaltenen Naturgesetzmäßigkeiten bedenkenlos oder gedankenlos verleugnet werden.

10. Demokratisierende Regierungsformen unterscheiden sich von monarchischen, aristokratischen oder sonstigen ausgeprägten Strukturen nicht etwa durch ein Höchstmaß an Gleichheit, Brüderlichkeit und Freiheit, sondern nur durch ihre größere Undurchsichtigkeit privategoistischer Interessen, durch größere Verschleierung der Verantwortung und den Zwang zur Hintertreppenbenutzung.

11. Ein wohlgeordneter und durch Vaterlandsliebe geeinigter Staat bietet jedem einzelnen Mitglied den deutlich vorgezeichneten Rahmen, in dem es sich zweifelsfrei auf seine eigenen Interessen

konzentrieren kann und somit die höchste Ökonomie seiner Kräfte sichert. In einer Demokratie dagegen bedroht die Zersplitterung der Mitbestimmungsrechte in fachfremden Belangen die Gemeinschaft mit einer verhängnisvollen Kraftvergeudung.

12. In einer Demokratie fragt sich jeder einzelne vergeblich, was ihn veranlassen soll, sich einer Staatsgemeinschaft innerlich verbunden zu fühlen und ihr sogar Opfer zu bringen, wenn ihn die Vernunft errechnen läßt, daß die Nachteile die Vorteile übersteigen.

Mit der Devise "Für König und Vaterland" oder "Senatus Populusque Romanus" und ähnlichen Formulierungen einer führungsgläubigen Zielverschworenheit haben alle erfolgreichen Staaten ein über dem persönlichen Interesse stehendes Ganzheitsziel zum Ausdruck gebracht. Das demokratische Prinzip lehnt solche Bindemittel ab, ohne dafür einen ideologischen Ersatz zu bringen. Es wird ausdrücklich betont, daß es nur auf die materiellen und etwaigen intellektuellen Triebbefriedigungen der durchschnittlichen Mitglieder ankommt.

13. Alle demokratischen Experimente zeichnen sich durch eine ungeheure Zunahme von gesetzlichen Vorschriften aus, weil nicht mehr das Gefühl für Recht und Unrecht nach dem Maßstab vaterländischer Bürgertugenden einen regulierenden Einfluß ausübt, sondern nur die Paragraphen mit der Angst vor Strafe. Der Bedarf an disziplinarischen Gewaltmitteln ist trotz geringerer Erfolge in Demokratien größer als in harmonischen Staatsstrukturen.

14. Die demokratischen Theoretiker behaupten zwar, daß die Bürgertugenden keine Ideologie benötigen, sondern daß eine Erziehung zur Ethik ausreicht. Doch der fundamentale Irrtum beruht in der unhaltbaren Annahme, daß ein genügender Prozentsatz der Menschen moralphilosophisch denkfähig und erziehbar sei.

15. Demokratische Experimente können stets nur so lange fortgesetzt werden, bis sie die aus einer vorangegangenen natürlichen Staatsideologie übernommenen Moralbegriffe aufgezehrt haben. Sowohl 1918 als teilweise auch 1945 gab es in Deutschland noch eine Beamtenschaft,

die sich an einen staatsmoralischen Stil gebunden fühlte. Die demokratischen Reformer sind der Meinung, daß dieses Pflichtbewußtsein eigentlich erst in ihrer Anschauungswelt die richtigen Antriebskräfte erfährt. Deshalb suchen sie mit der vielfach bis in die Reihen der Gewerkschaftsbeamten noch vorhandenen Opferfreudigkeit die demokratische Natur dieser Ehrenhaftigkeit zu beweisen. In Wirklichkeit haben nicht nur verbrecherische Neigungen, sondern auch Tugenden ein massenpsychologisch vergleichsweise langes Beharrungsvermögen, so daß man hinsichtlich der Notwendigkeit, die seelischen Antriebsmittel zu erneuern, sehr leicht einer Täuschung unterliegt. Unter den Nachwuchskräften mag es noch einige unentwegte Leute geben, die dem Vorbild ihrer älteren Vorgesetzten nacheifern, aber es ist kein Geheimnis, daß das gegenseitige Vertrauen der Menschen heute in einem erschütternden Maße abgesunken ist. Die Korruptionsfälle haben beängstigend zugenommen, besonders wenn man damit den Zustand der öffentlichen Moral vor 1914 vergleicht.

16. Über neunundneunzig Prozent der Menschen sind wie Kinder. Alle demokratischen Versager lassen sich mit dieser Erkenntnis erklären.

17. Die Voraussetzung jeder Ethik, gleichgültig in welcher Form, ist die Fähigkeit des Menschen, seinen Egoismus weit genug zu überwinden, um sich einer übergeordneten Aufgabe vorbehaltlos verpflichtet zu fühlen. Hierzu bietet die Demokratie keinen Antrieb.

In einer Demokratie dagegen ist es das vornehmste Ziel, die Zustimmung der öffentlichen Meinung zu erlangen und den Anschein einer Erfüllung des Volkswillens zu erwecken.

18. In der demokratischen Praxis stellt es sich regelmäßig heraus, daß die wirklichen Stimmen des Volkes gar nicht gehört werden. Statt dessen kommen nur Funktionäre zur Geltung, deren Interessen sich in verbandspolitischen Problemen erschöpfen, soweit sie sich nicht nach Aussichten für eine Regierungslaufbahn orientieren. Eines der kennzeichnendsten demokratischen Phänomene ist die Tatsache, daß man es in der Innenpolitik so gut wie überhaupt nicht mehr mit einzelnen Menschen, sondern

nur noch mit Verbänden zu tun hat.

19. Eine wirklich erfolgreiche Zusammenarbeit einer Gemeinschaft und ihrer Führung ist immer nur bei langfristigen Verhältnissen möglich. Die Demokratie bietet den politischen Führern hierfür keine Möglichkeit. Ein Bauer baut seinen Wald für Enkel und Urenkel auf, um den Bestand der Hofgemeinschaft zu sichern. Er handelt dabei nach seinem eigenen Wissen und Gewissen. Ein demokratischer Staatsmann ist niemals in der Lage, weitsichtig zu planen. In demokratischen Staaten muß der Schein der Leistung für entscheidender angesehen werden als der wirkliche Wert, und deshalb ist die Propagandawirkung einer Maßnahme wichtiger als ihre angebliche Zweckerfüllung.

20. In einer Demokratie bestimmen die Parteien die Kandidaten, die dem Volk zur Wahl gestellt werden. Diese Vorwahl wird unzweifelhaft nach parteipolitischen Qualitäten vorgenommen, so daß es sich in Wahrheit niemals um eine Volksherrschaft handelt, sondern ausschließlich um Parteienherrschaften, die im Wettbewerb um die Beeinflussung der öffentlichen Meinung stehen.

21. Jeder Versuch, dem Volk tatsächlich das uneingeschränkte Recht zur Wahl seiner Regierungsorgane zu geben, scheitert an der technischen Unmöglichkeit. Das Laienpublikum kann - bis zu einem gewissen Grade - lediglich über die Vertrauenswürdigkeit eines persönlich bekannten Kandidaten eine eigene Meinung zum Ausdruck bringen, aber kaum jemals über fachliche Qualitäten, ebenso selten wie bei der Wahl eines Arztes oder Rechtsanwaltes.

Die demokratische Idee einer sachlichen Interessenvertretung ist unsinnig, denn die Stimmen der wenigen sachkundigen Wähler sind belanglos gegenüber der Wirkung massenpsychologischer Beeinflussungen. Die klügsten und gewissenhaftesten Wähler, seien es Nationalökonom, Psychologen oder Historiker, werden massenhaft überstimmt durch das völlig gleichwertige politische Mitbestimmungsrecht der bäuerlichen Arbeiter, Dienstmädchen und der zahllosen anderen ehrenwerten Berufsvertreter, die über keine genügende Selbständigkeit ihres Urteils verfügen, sondern irgendwelchen zufälligen Kombinationen oder

einer einseitigen Propagandatechnik unterliegen. Kein Wirtschaftsunternehmen wäre auf diese Weise lebensfähig und erfolgreich zu machen. Warum also der Staat, der nach demokratischer Auffassung die größte Arbeitsgemeinschaft des Volkes darstellen soll? Die Herrschaft des demokratischen Durchschnittsverstandes verhindert den geistigen Fortschritt.

22. In einer Demokratie können nur rechnerische Gesichtspunkte zur Geltung kommen. Die schwer erfassbaren schöpferischen Impulse und ihre unbürgerlichen Begleiterscheinungen werden zwar manchmal auch in hierarchisch regierten Staaten als gemeinschaftsfremd oder schädlich verdächtigt, aber das Richtertum der Kleinbürger übertrifft an Unduldsamkeit alle Tyrannen. Die für Demokratien kennzeichnende Forderung der Gleichförmigkeit entspricht dem Instinkt der kleinbürgerlichen Majorität, die zum Schutz des eigenen Geltungsgefühls nichts zu dulden gewillt ist, was vornehmer, edler, besser, feingeistiger oder vorgebildeter zu sein scheint als sie selbst. Das betrifft auch das Anderssein der Künstler, die nicht in die bürgerlichen Schablonen passen. Ein regierender Fürst wie der Herzog von Sachsen-Weimar nahm keinerlei Anstoß daran, daß Goethe 18 Jahre im Konkubinat lebte, ja er adelte sogar den illegitimen Sohn und zog ihn an seinen Hof. In einer Demokratie sind die Maßstäbe so hart, daß man Goethe sehr nachdrücklich den Beweis abgefordert hätte, warum man nicht standesamtlich getraut sein darf, um Gedichte schreiben zu können.

In Deutschland wird die Zunahme der Mittelmäßigkeit - außer an den Symptomen der Kunst und der Verminderung denkerischer Impulse - noch nicht so deutlich sichtbar wie in anderen pseudodemokratischen Staaten, doch das liegt nur an der Kürze der Zeit seit der Zerstörung der alten Reichstradition. Der Elan der ungeheuer produktiven Vergangenheit strahlt noch ein wenig bis in die Gegenwart, und noch viele Ideen harren der Ausarbeitung. Doch sobald diese Impulse aufgezehrt sein werden, gelangt die Weltanschauung des Kleinbürgertums zur Alleinherrschaft, für die Sokrates nur ein Narr war und in der er wie eine von den verhaßten Aristokraten gezüchtete Sumpfpflanze hämischer

Nutzlosigkeit ausgemerzt wurde.

23. Die vom demokratischen Staat geforderte Verantwortlichkeit für das Wohlergehen aller Bürger zerstört die Ethik der Selbstverantwortlichkeit der einzelnen Menschen und begünstigt ihre Schwächen. Demokratien werden von Idealisten erdacht und propagiert. Die von ihnen geprägten Schlagworte einer allgemeinen und ausnahmslosen Menschheitsbeglückung werden jedoch bei konjunkturellen Aussichten von ehrgeizigen Demagogen und politischen Geschäftemachern sofort enteignet und unter Mißbrauch gutgläubiger Gefolgsleute in die Praxis des persönlichen Geltungskampfes eingesetzt.

24. Die vorherrschend primitive menschliche Natur läßt erwarten, daß viele Staatsbürger in rasch zunehmendem Maße Gelegenheiten ausfindig machen, die Wohlfahrtseinrichtungen ohne die geringsten Skrupel ungebührlich auszubeuten. Sie denken überhaupt nicht mehr darüber nach, daß ihr fehlender Leistungsanteil die Lasten ihrer Mitbürger vergrößert. Die gleiche Erkaltung der Herzen tritt auch auf seiten der arbeitstreuen Menschen ein, denn die demokratische Erhöhung der Steuern und die Forderungen der staatlichen Versorgung entheben sie jeder Verantwortlichkeit gegenüber ihren Mitmenschen. Auch reiche Leute -soweit ehrlicher Reichtum in einer konsequenten Demokratie überhaupt noch möglich ist -finden mit dem Hinweis auf den Staat eine bequeme und unwiderlegbare Ausrede, sich allen Verpflichtungen der privaten Wohltätigkeit zu entziehen.

25. Fehlt in einem Staat das ideologische Bindemittel eines übrationalen Selbstzweckes, so löst er sich in Kleingebilde, wie Cliquen, Interessengruppen und Verbände auf, die ohne Rücksicht auf staatliche Belange ein verhängnisvolles Geltungsbestreben entwickeln.

26. Die staatsgefährliche Phantasie einer Volksherrschaft macht sich durch die Anonymität der Verantwortung unangreifbar. Jede Staatsform findet zudem die ihr gefälligen Richter, so daß der Glaube an ein politisch unabhängiges Recht durch keine Praxis bestätigt wird.

27. Das demokratische Prinzip der Befreiung von Furcht wird von der indivi-

dualistischen Jugendpsyche - und verstärkt von der Massenpsyche - in eine Forderung der Respektlosigkeit umgedeutet. Sie erzeugt die für alle Demokratien verhängnisvoll kennzeichnenden Schwierigkeiten der Jugenderziehung.

28. Der Begriff Demokratie bedingt einen ideal gedachten Dauerzustand, aber auf Erden gibt es überhaupt keinen Zustand, sondern immer nur mehr oder minder harmonische Entwicklungsvorgänge.

29. Keine Demokratie vermag das Problem der Bestenauslese zu lösen, und sei es auch nur in der Mindestforderung der Staatserhaltung.

30. Eine konsequent demokratische Weltanschauung kann immer nur das Vorrecht denkselfständiger Menschen sein, und wegen ihrer kleinen Zahl kann ein wirklicher demokratischer Fortschritt nur durch eine scheinbar undemokratische Bevorrechtigung im Ansehen des Volkes gewonnen werden. Die Behauptung Friedrichs II., sich als erster Diener des Staates verpflichtet zu fühlen, ist in den Gedankenbereichen aller bedeutenden Souveräne keine Phrase gewesen, denn sie waren überzeugt, vor Gott oder vor der Weltgeschichte und einem Ethos der Schöpfung über die Erfüllung ihrer irdischen Mission Rechenschaft ablegen zu müssen. Diese Tatsache ist uns von einer großen Zahl vorbildlicher Herrscher verbürgt, und es ist sogar schwer, gute Beispiele für verhängnisvolle Ausnahmen zu finden.

Es ist naheliegend, daß eine angeblich ideelle Weltanschauung mit persönlich sehr vorteilhaft erhofften Begleitumständen keine Beständigkeit verheißt und keine zuverlässige ethische Basis erwarten läßt. Da nun aber die Mehrzahl der Menschen denkselfständig ist, würden nach Mehrzahlbestimmungen die staatlichen Belange auf materielle Aufgabenstellungen beschränkt bleiben und überdies keine wahrhaft demokratische Ethik in einem höheren Sinne der Volkswohlfahrt einbeziehen können.